

Danziger Zeitung.

№ 17333.

Die „Danziger Zeitung“ erscheint täglich 2 Mal mit Ausnahme von Sonntag Abend und Montag früh. — Bestellungen werden in der Expedition, Rotherhagergasse Nr. 4, und bei allen kaiserl. Postanstalten des In- und Auslandes angenommen. — Preis pro Quartal 4.50 Mk., durch die Post bezogen 5 Mk. — Inserate kosten für die sieben-spaltige gewöhnliche Schriftzeile oder deren Raum 20 Pfg. — Die „Danziger Zeitung“ vermittelt Insertionsaufträge an alle auswärtigen Zeitungen zu Originalpreisen.

1888.

Telegramme der Danziger Zeitung.

Leipzig, 17. Okt. (W. L.) Dem Leipziger „Tageblatt“ zufolge hat das Reichsgericht die Anträge von Gesshens Vertheidiger Wollsohn auf Haftentlassung Gesshens abgelehnt.

Wien, 17. Okt. (W. L.) Der Reichsrath ist durch ein kaiserliches Handschreiben zum 24. Okt. einberufen worden.

Politische Uebersicht.

Danzig, 17. Oktober.

Der Kaiser und Herbert Bismarck beim Papst.

Nachdem die Frage, was in der zeugenlosen Unterredung zwischen dem Kaiser Wilhelm und dem Papste vorgegangen ist, ziemlich übereinstimmend dahin Beantwortung gefunden hat, daß der Kaiser es vermied, auf die Frage der weltlichen Macht des Papstthums einzugehen, wird jetzt eine neue Frage aufgeworfen, welche an die Besprechung des Grafen Herbert Bismarck mit dem Papste, die angeblich 1½ Stunden gedauert hat, anknüpft. Nach einer Meldung der „Germania“ hat der Papst die ganze Lage des Papstthums und der katholischen Kirche in Preußen auseinandergesetzt und dabei eine klare feste Sprache wegen der Demüthigung des Papstthums durch Italien vermöge des Dreibündnisses geführt. Welche Wirkung diese klare feste Sprache des Papstes auf den deutschen Staatssecretär gehabt hat, sagt der Berichterstatter der „Germania“ nicht; aber er läßt das Nöthige errathen, indem er bemerkt: „Die Eindrücke sind überall vertheilt, allgemeiner ist der ungünstige Eindruck.“ Einer Neigung, das Bündniß mit Italien zum besten der weltlichen Macht des Papstthums preiszugeben, scheint demnach der Papst auch in dieser Unterredung mit dem Grafen Bismarck nicht begegnet zu sein.

Benda über den Kaiser.

Abg. v. Benda hat vorgestern in Magdeburg in einer Versammlung von Vertrauensmännern der nationalliberalen Partei der Provinz Sachsen über die Vorgänge in der Versammlung im Hause des Grafen Waldersee (28. Novbr. 1887) berichtet:

„Unser jetzt regierender Kaiser habe hervorgehoben, daß es sich für ihn um Bestrebungen handle, denen jeder einseitige Standpunkt fernliege, zu welchen in gleicher Weise alle politischen Parteien berufen seien, diejenigen Kreise allein ausgenommen, welche der christlichen Kirche in dem Staate negierend gegenüberstehen. Und der Prinz habe den Wunsch hinzugefügt, daß alle der Monarchie und den Ueberlieferungen unserer Geschichte treuen Elemente sich fortan einmüthig zusammenfinden möchten in allen großen und entscheidenden vaterländischen Fragen.“

Graf Douglas hat also in seiner Rede in Aschersleben nicht richtig citirt, als er dem Prinzen die Worte in den Mund legte, es handle sich um Bestrebungen, die jedem einseitigen kirchlichen Standpunkt fernliegen. Ob unter solchen Umständen Bankpräsident v. Dechend im Einklang mit den Intentionen des Kaisers gehandelt, als er auch jüdische Mitbürger zu Beiträgen für die Stadtmission heranzuziehen versuchte, steht dahin.

Der Aerztestreit und Kaiser Friedrichs Andenken.

In der Pariser Ausgabe des „New-York Herald“ wird eine Antwort Prof. Bergmanns auf die Schrift Mackenzies veröffentlicht, in welcher es bezüglich der gegen ihn selber erhobenen Anklagen wegen der Vorgänge am 12. April d. J. heißt:

„Nun zu der schweren Beschuldigung, daß ich am 12. April eine tiefe Wunde in den Hals des Kaisers gebracht und eine Entzündung der Zellengewebe zwischen der Trachea und dem Sternum (Brustbein) veranlaßt habe. Auch hierin bin ich zu der Annahme gezwungen, daß Mackenzie sich anmaßt, dem Virchow'schen Zeichenbuche zu widersprechen, in welchem eine ähnliche Entzündung nicht erwähnt wird. Im Gegentheil zeigten die hinter dem Brustbein liegenden Gewebe nicht die geringste Spur einer Vernarbung, sondern befanden sich in normalem Zustande. Die Section ergab, daß die unmittelbare Todesursache, die Lungenentzündung, ganz frischen Ursprungs war. In Gegenwart aller der zahlreichen Zeugen, die den Bericht unterzeichneten, fragte ich Professor Virchow, wann die Entzündung der Lungen seiner Annahme nach begonnen habe. Der Professor antwortete: „Auf keinen Fall früher, als vor vierzehn Tagen, wahrscheinlich aber erst vor sechs bis sieben Tagen.“ Das hat Mackenzie gehört. Er hat die kranke Lunge gesehen und sagt es, zu behaupten, eine Manipulation von mir habe vor acht Wochen die directe Veranlassung zum Tode des Kaisers gegeben. Die Krankheit Kaiser Friedrichs hat den gewöhnlichen Verlauf jedes Kehlkopfleidens genommen. Zuerst ein kleines warzenartiges Gewächs, das allmählich größer und größer wird und schließlich die ganze Kehlkopföhle überzieht. Sobald dann der Patient den Lungen keine Luft mehr zuführen kann, wird der Luftröhrenschnitt nothwendig. Später wird die harte Answellung im Kehlkopf weich, wird gangränös und zerfällt. Faulige Theile gehen verloren, die Lunge und verurtheilt eine Entzündung, an welcher der Kranke gewöhnlich stirbt. Dies war auch bei Kaiser Friedrich der Fall. Der Leichenbefund ergab, daß der ganze Kehlkopf weggestreift war. An seiner Stelle war eine große mit Eiter und Blutwasser angefüllte Höhlung. Das ist alles so einfach, daß ich wohl sagen kann, kein Arzt in Europa oder Amerika werde nach dem Lesen des deutschen Berichtes eine falsche Schlussfolgerung ziehen können. Mackenzie natürlich ausgenommen.“

Die Entgegnung Mackenzies auf diese Einmendungen ist aus folgender der „Voss. Ztg.“ aus London zugehenden Drahtmeldung zu erfahren:

In Erwiderung auf Bergmanns Antwort schreibt Mackenzie: „Es ist zweifelsohne völlig wahr, daß der Kaiser schließlich einer Lungenentzündung erlag; die Differenz zwischen Bergmann und mir bezieht sich aber darauf, wodurch diese Krankheit erzeugt wurde. Der

Professor behauptet, dieselbe sei dadurch entstanden, daß „faule Materie“ aus dem krebigen Kehlkopf in die Lunge fiel, während ich behaupte, daß die Lungenentzündung der Materie aus dem Geschwür, welches dem von Bergmann am 12. April gemachten falschen Luftweg folgte, zuzuschreiben war. Nach Bergmanns Fiasco mit der Canüle konnte durch Drücken auf den Hals von unten ein Herausströmen von Materie aus der Wunde veranlaßt werden; das war vorher nicht der Fall und beweist absolet folgerichtig, daß in dieser Lage Eiteranhäufung vorhanden war.“

Was nun die Thatsache betrifft, daß Mackenzie auch in seiner Vertheidigungsschrift den Versuch gemacht hat, die Verantwortlichkeit für die Diagnose bezüglich der Krankheit des Kaisers Friedrich Herrn Prof. Virchow zuzuwenden, so hat sich letzterer veranlaßt gesehen, in einer Unterredung mit dem Berliner Berichterstatter des „New-York Herald“ die wirkliche Sachlage klar zu stellen. Unglücklicherweise, sagt Mackenzie, sei der Bericht Virchows über die bei der ersten Operation aus dem Kehlkopf des Kaisers entnommenen Partikel nicht in dem Bericht der deutschen Aerzte abgedruckt. Virchow constatirt dagegen, daß er das Ergebnis seiner Untersuchung bereits am 16. November 1887 in einer Ansprache an die Berliner medizinische Gesellschaft mitgetheilt habe, und zwar schon damals in der Absicht, die Verantwortlichkeit für die Mackenziesche Diagnose abzulehnen. Er habe schon damals erklärt, daß er sich darauf beschränke, ein Urtheil über die ihm zur Untersuchung übergebenen Partikelchen abzugeben, ein Urtheil über die Erkrankung selbst aber nicht abgeben könne. Jene welche bisher unbekannten Mittheilungen hat Prof. Virchow dem Berichterstatter nicht gemacht, aber gegenüber der Brochüre Mackenzies lag ihm offenbar daran, zu constatiren, daß er den Kaiser zum ersten Mal am 28. Mai d. J. gesehen. Er hätte noch hinzufügen können, daß er sich im November 1887, als er zu wiederholten Untersuchungen von Kehlkopftheilen veranlaßt wurde, vergeblich bemüht habe, genauere Mittheilungen über die Erkrankung des Kehlkopfes des Kaisers zu erhalten, auf Grund deren er im Stande gewesen wäre, sich ein selbstständiges Urtheil zu bilden. Jedenfalls bleibt die Autorität des Herrn Virchow bei Beurtheilung der Frage nach der Richtigkeit der Diagnose außer Spiel.

Auffällig ist übrigens, daß Mackenzie, der über die Nichtveröffentlichung des ersten Berichts Virchows so unglücklich ist, des letzten, ebenfalls nicht im Wortlaut veröffentlichten Virchow'schen Berichts vom Mai d. Js. gänzlich erwähnt, von dem damals in den Zeitungen behauptet wurde, Virchow habe die Abwesenheit gewisser Symptome, welche die in Rede stehende bösartige Krankheit zu begleiten pflegen, constatirt. Daß diese Angabe nicht vollständig sei, war damals aus dem Umstande geschlossen worden, daß die Veröffentlichung des Virchow'schen Berichts nicht stattfand.

Unter allen Umständen kann man, so fast heute auch die „Eib. Correspondenz“ ihr Urtheil zusammen, den Streit der Aerzte diesen selbst überlassen. Für den deutschen Leser hat dieser nachträgliche Streit nur ein geringes Interesse. Kaiser Friedrich hat ausgeteilt. Ob und welche Fehler die Aerzte begangen haben, hat nur ein wissenschaftliches Interesse. Um so bedauerlicher ist es, daß durch die politische Beschlagnahme der Schrift und durch das Verbot der weiteren Verbreitung derselben auch derjenige Theil der Schrift betroffen wird, welcher eine große Zahl persönlicher Mittheilungen und Erinnerungen aus dem Leben und Leiden Kaiser Friedrichs enthält und der die Charakteristik desselben als „Friedrich der Edle“ rechtfertigt. Nach § 28 des Preßgesetzes ist freilich nur der Wiederabdruck derjenigen Stellen der Druckschrift, welche die Beschlagnahme derselben veranlaßt haben, unstatthaft. Aber demjenigen Theil der Presse, welcher mit Herrn v. Treitschke die Regierung des Kaisers Friedrich als eine traurige Episode der vaterländischen Geschichte ansieht, scheint das Vorgehen der Staatsanwaltschaft ein bequemer Vorwand zu sein, auf die Wegnahme der den Charakter des unglücklichen Kaisers schildernden Mittheilungen zu verzichten, den, wie erwähnt, Sir M. Mackenzie als „einen der edelsten Männer“, als „den männlichsten unter allen Männern“ bezeichnet, der zugleich die Sanftmuth und die Seelenreinheit eines Weibes besaß.

Wie man im Kriegstagebuch des Kaisers Friedrich nur den angeblichen Verrath von Staatsgeheimnissen sieht, die klassische Figur des für die Rechte des Volkes begeisterten Fürsten aber mit Stillschweigen übergeht, so möchte man in der Schrift Mackenzies nur eine Verunglimpfung deutscher Aerzte erblicken, aber alles ignoriren, was das Charakterbild des Märtyrers auf dem Throne veredelt und verschönt. Indessen: Polizei und Staatsanwalt werden dem deutschen Volke dieses Fürstenideal nicht streitig machen!

Noch ein Beispiel gouvernementaler Charakterlosigkeit.

Wie schnell die Officiösen lernen, wenn sie von höherer Stelle unterrichtet werden, ist an der Beurtheilung des Tagebuches Kaiser Friedrichs schon wiederholt gezeigt worden. Ein gouvernementales Blatt, welches sich „gemäßigt liberal“ nennt, erklärte unmittelbar nach der Veröffentlichung, daß das Tagebuch überhaupt nichts mittheile, was nicht alle Welt längst wüßte. Dasselbe Blatt weiß heute, daß das nämliche Tagebuch höchst gefährliche Staatsgeheimnisse enthüllt, von denen noch kein Mensch etwas gewußt hätte. Die „Köln. Ztg.“ bewunderte und rühmte zuerst die Befähigungsfähigkeit des Kronprinzen, der die leuchtende Kaiserkrone vor Augen sah zu einer

Zeit, „da noch niemand außer ihm unter den maßgebenden Personen daran dachte“, und gleich danach erblickte sie in der Befestigung nur „Selbstgefälligkeit“ und „Verkehrung in der geschichtlichen Wahrheit“ und verglich den Kronprinzen mit Parisfal — „der reine Thor!“ Heute haben wir, damit das würdige Aleeblatt voll werde, noch die „Grenzboten“ hinzuzufügen. Dieses officiöse Wochenblatt schreibt in der neuesten Nummer 42:

„Sehr viele Leser, und wir gehören zu dieser Zahl, hielten das, was in der „Deutsch. Rundsch.“ erschienen ist, nicht für echt, wollten es nicht für echt halten. Ein Tagebuch, worin nicht allein Thatsachen, sondern Gefühle, Stimmungen u. s. w. zum Ausdruck kommen, mitten in der bewegtesten, ereignisreichsten, aufregendsten Zeit regelmäßig fortgeführt, ist in unserem Zeitalter ohnehin eine auffallende Erscheinung.“

Dasselbe Blatt schrieb zwei Nummern vorher wörtlich:

„Die „Deutsche Rundschau“ veröffentlicht Auszüge aus einem Tagebuche, welches der verewigte Kaiser Friedrich während des Feldzuges in Frankreich geführt hat und welches dem Einsender von diesem selbst, wir vermuthen, als er noch Kronprinz war, mitgetheilt worden ist. Wir zweifeln nicht, wie andere, an der Echtheit des Gebotenen im ganzen und ebensowenig an der Berechtigung des Einsenders, sich daraus Auszüge zu machen und sie drucken zu lassen.“

Beide Aeußerungen sind nicht unterzeichnet, sondern unter Verantwortlichkeit desselben Mannes erschienen; die eine am 27. September, die andere am 11. Oktober; zwischen der Drucklegung beider Nummern liegt die Veröffentlichung des unmittelbaren Berichts des Anzigers! Da Hyjaz, du siehst schon lange nicht mehr einzig da!

Daß der Patriot der „Grenzboten“ in echt monarchischer Gesinnung behauptet, der Einsender des Tagebuches habe seine Absicht erreicht, „das deutsche Volk über den frühen Hingang des zweiten Kaisers zu trösten“, ist der Haltung der Cartellpresse durchaus angemessen. In der vierten Scene des zweiten Aufzuges von Shakespeares „Was Ihr wollt“ heißt es: „Nun, der schmerzmüthige Gott beschirme dich, und der Schneider mache dir ein Wams von Schillertafel; denn dein Gemüth ist ein Opal, der in allen Farben spielt. Leute von solcher Beständigkeit sollte man auf die See schicken, damit sie alle Dinge treiben und nach allen Winden steuern müßten; denn wenn man nicht weiß, wo man hin will, so kommt man am weitesten.“

Der Aufstand in Ostafrika.

Nach einem Telegramm des Reuterschen Bureaus aus Zanzibar vom 14. Oktober sind die Berichte, welche den Aufstand der Eingeborenen in den Küstenbezirken auf religiösen Fanatismus und feindselige Gesinnung der arabischen Sklavenhändler zurückführen, unbegründet. Von kompetenter Seite wird constatirt, daß die Vorgänge der Unbekanntheit der europäischen Beamten der deutschen ostafrikanischen Gesellschaft mit dem Charakter der Eingeborenen zuzuschreiben sind und insbesondere der Geringschätzung, mit der sie die Küstenbevölkerung behandelt haben, und der Mißachtung der Beamten und der Flagge des Sultans. In einer Versammlung der englischen Ander, in deren Händen bekanntlich der Handelsverkehr liegt, wurde beschlossen, eine Petition an die Königin von England zu richten, mit dem Ersuchen, die deutsche Regierung über die wahre Ursache des Aufstandes aufzuklären und sie zu Maßregeln zur Wiederherstellung des Vertrauens und zur Befestigung eines Zustandes zu veranlassen, der eine friedliche und thätige Gemeinschaft von indischen und eingeborenen Händlern dem Ruin preisgibt.

Bemerkenswerther Weise tritt auch die „Köln. Ztg.“ der Insinuation entgegen, als ob der Sultan von Zanzibar die Aufständischen angeleitet habe. Der Sultan sei ja durch das Ausbleiben der Zoll-einnahmen am schwersten betroffen und habe das größte Interesse, für die Beruhigung der Bevölkerung nach Kräften zu sorgen. Er werde dabei zweifellos auf die volle Unterstützung der deutschen Reichsbehörden zu rechnen haben. — Darnach scheint auch die Reichsregierung von der Umficht und der Weisheit der Beamten der ostafrikanischen Gesellschaft wenig entzückt zu sein.

Unser Berliner Correspondent schreibt uns bezüglich des Verhaltens der Regierung:

Mit gespanntester Theilnahme folgt die Reichsregierung der aufständigen Bewegung an der ostafrikanischen Küste. Die bislang eingelaufenen Berichte erweisen sich doch im großen und ganzen noch vielfach lückenhaft, und in einzelnen Punkten erübrigen authentische Feststellungen. Zur Erlangung der erforderlichen Nachrichten sind Schritte eingeleitet und man beabsichtigt, die bezüglichen Berichte später in irgend einer Form im ganzen Umfange zu veröffentlichen. Möglich, daß sie einen Theil des sogenannten Weißbuchs bilden werden, dessen fortgesetzte Vorlegung im Reichsage, wie wir bereits mitgetheilt haben, geplant ist.

Der Feldzug in Tibet.

Es unterliegt keinem Zweifel, daß der Feldzug in Tibet, wenigstens für dieses Jahr, zu Ende ist. Das tibetanische Heer befindet sich im Zustande völliger Auflösung. Von den 11 000 Mann sind nur 3—4000 Mann wieder gesammelt worden, welche bei Phari und Garling stehen. Der Rest ist nach allen Richtungen geflohen, einige nach Bhotan, einige gegen Tashi Chumpo zu, andere wiederum über Phari nach Tibet. Viele ertranken auch, indem eine Brücke über den Mochu einfiel. Die in Singmutong angeammelten Vorräthe wurden vernichtet. Die Kumba-Goldaten wurden in Garling von den Candeleuten angegriffen und viele von ihnen getödtet.

Deutschland.

△ Berlin, 16. Okt. Das Programm der Rückreise des Kaisers wird, wie aus hiesigen Hofkreisen verlautet, keine Aenderung erfahren, so daß ein nochmaliger Aufenthalt in Wien nicht zu erwarten wäre. Am künftigen Sonntag, am 21. d. M., wird der Kaiser in Potsdam erwartet, wo am Montag der Geburtstag der Kaiserin gefeiert wird. In der ersten Novemberwoche soll die Uebersiedelung des Hoflagers in das hiesige kgl. Schloß erfolgen. Die Umbauten werden in den nächsten 14 Tagen vollendet sein. — Im Laufe des November wird dann auch die Kaiserin Augusta ihre Residenz nach Berlin verlegen. — Die Kaiserin Friedrich begibt sich im November zum Besuche ihrer Mutter, der Königin Victoria, nach England. Einen Theil des Winters gedenkt die hohe Frau in Italien und zwar in San Remo in der Villa Irijo zu verbringen.

* [Der künftige Sommerhof des Kaisers] wird, so schreibt die „Post“, nicht mehr das Marmorpalais, sondern Schloß Friedrichskron sein. Schon lange hatte man die beschränkten Raumverhältnisse des ersten unangenehm empfunden und einen gründlichen Umbau geplant, der jedoch auf mindestens sechs Jahre veranschlagt wurde. Der Kaiser wählte daher Schloß Friedrichskron zu seinem Wohnsitze aus, dessen Bauveränderungen kaum die Hälfte der Zeit beanspruchen werden. Das Schloß wird eine vollständig neue Außenseite aus Sandstein erhalten. Zur Erneuerung des berühmten Muschelsaales sind bereits an Marine- und Bergwerke Weisungen ergangen, welche die Auswahl besonders schöner Prachtstücke von Erzen und Muscheln bewirken.

* [Der zukünftige Sommeraufenthalt der Kaiserin Friedrich] liegt etwa 10 Minuten nordöstlich von Kronberg, sich dicht an den Allkönig lehnd. Da, wo sich jetzt jenes schöne Bestiumm erhebt, war bis zu den 50er Jahren ein Wald, „Schönbusch“ genannt, weshalb die geographische Bezeichnung des Landhauses auch stets „Villa Schönbusch“ lautete. Für die Zukunft wird sie, nach dem „Rh. C.“, den Namen „Schloß Friedrichshof“ führen.

* [Prinz Heinrich in Wien.] Es wird gemeldet, daß Prinz Heinrich von Preußen nächsten Sonntag auf der Rückreise von Rom in Wien eintrifft, um dem Kaiser für seine Ernennung zum österreichischen Corvetten-Capitän persönlich seinen Dank abzustatten. Prinz Heinrich bleibt drei Tage in Wien und wird als Gast des Kaisers in der Hofburg wohnen. Zu Ehren des Prinzen findet ein Galadiner, sowie Thee bei dem Erzherzog Carl Ludwig statt. Erzherzog Albrecht verläßt deshalb seine Erholungsreise nach Südtirol.

△ [Die Reichstagsvorlage wegen Errichtung eines Denkmals für Kaiser Wilhelm I.] wird dem Reichstage womöglich bald nach seinem Zusammentritt zugehen, weil man die Förderung derselben lebhaft wünscht. Natürlich muß die Platzfrage bis zur Ausschreibung des Wettbewerbs entschieden sein, da sich das Programm der besonderen Commission, welche den Wettbewerb ausschreibt, nur auf einen bestimmten Platz beziehen kann.

* [Ueber die Beschlagnahme der Mackenzieschrift] wird dem „B. Tagebl.“ aus Leipzig noch berichtet: Der Verleger der Schrift Mackenzies, Spaarmann, hatte einige Exemplare bereits am Sonnabend nach Duisburg geliefert. Die dortige Staatsanwaltschaft gelangte sogleich in den Besitz der Brochüre und theilte der Berliner Behörde mit, daß Grund zur Beschlagnahme der Schrift vorhanden sei, und zwar wegen Majestätsbeleidigung. Montag früh, als bei dem hiesigen Commissionär alle Vorbereitungen zur Auslieferung der Bestellungen, die berghoch aufgeschichtet lagen, bereits getroffen waren, erschienen mehrere Staatsanwälte, darunter zwei Berliner Beamte, und acht Geheimpolizisten, die sofort auf sämtliche Exemplare Beschlag legten. Die Pakete wurden ausgepackt und alle Vorräthe, nachdem sie durchgeprüft worden, in Kisten vernagelt. Zugleich durchsuchte man sämtliche hiesige Buchhandlungen. Für den Verleger sollten heute in Leipzig allein einige 40 000 Mk. einbehalten werden. Es ist dies während kurzer Zeit der zweite große Verlust, den der deutsche Verlagsbuchhandel zu tragen hat.

* [Die Confiscation der Mackenzie-Brochüre] ist dem Vernehmen der „Pol. Nachr.“ nach auf Grund der Bemerkungen erfolgt, welche Mackenzie in Bezug auf den Befehl des Kaisers macht, den Bericht über die Krankheit Kaiser Friedrichs zu verfallen.

* [Eine falsche Enthüllung.] In Betreff des schriftlichen Nachlasses des Kaisers Friedrich bringt die Londoner „Sunday Times“ eine eigenhümliche Enthüllung. Darnach sollen kurz vor dem Hinscheiden des Kaisers die deutschen Aerzte zum Verlassen des Krankenzimmers aufgefordert worden sein. Einer von ihnen wäre jedoch zurückgeblieben und sei, hinter einer Fenstergardine stehend, Augenzeuge eines seltsamen Vorganges geworden. Als bald wäre nämlich ein Stoß von Papieren häufig in eine Cassette geworfen und von einem Boten weggetragen worden. Kurz nachher sei das Schloß militärisch umstellt worden; aber der geheimnißvolle Bote sei mit seinem Schatze bereits auf und davon gewesen. Der Augenzeuge der heimlichen Befestigung jener vertraulichen Papiere soll kein anderer gewesen sein — als Herr Geheimrath Professor v. Bardeleben. Der letztere erklärte dem „B. Z.“ indeß auf eine an ihn gerichtete Anfrage, daß an dieser ganzen Enthüllung kein wahres Wort sei, daß er einem Vorgang wie dem geschilderten nie beigewohnt und überhaupt niemals allein im Krankenzimmer des verstorbenen Kaisers verweilt habe.

* [Ueber die Sitzung des Gesamtkomitees für die Ueberschwemmungen] ergänzen wir noch die gestrige Wolff'sche Depesche durch folgende Mittheilungen der „Post“, der „Post. Ztg.“ und des „Berl. Tgl.“. Zwei Minuten vor 12 Uhr fuhr der Wagen S. M. der Kaiserin Friedrich vor dem Hauptportale des Rathhauses vor, woselbst der Oberpräsident Staatsminister v. Achenbach, Oberbürgermeister v. Zorchenbeck, Stadtrath Borchardt und Stadtvorsteher Strich die hohe Frau empfingen. Nachdem Hr. v. Achenbach und Hr. v. Zorchenbeck die Kaiserin durch Handkuss begrüßt hatten, geleiteten die genannten Herren Allerhöchstdieselbe durch das in einen Saal von Palmen, Vorbeerbäumen und anderen Blattpflanzen aller Art veränderte, mit elektrischem Licht und zahlreichen Gasflammen erleuchtete Treppenhause in den Festsaal. In Begleitung der Kaiserin befanden sich Ober-Hofmarschall Frhr. v. Seckendorff, Palastdame Gräfin Brühl und die Hofdamen Gräfin Faber du Faure und Gräfin Perponcher. Im Festsaale waren inmitten einer Pflanzendecoration in einer Nische an der Säulenseite nach der Spandauerstraße hin die Büsten von Kaiser Friedrich III. und Kaiser Wilhelm II. aufgestellt. Unmittelbar vor diesem Arrangement standen die Sessel und Stühle für Ihre Majestät nebst Gefolge. Gegenüber rechts stand die Statue Friedrich Wilhelms III., links die Friedrichs des Großen, beide von hochstämmigen Corbeeren umgeben. Das Congregemal an der rechten Schmalseite trug schwarzen Flor um den breiten Goldrand. Oberpräsident v. Achenbach sprach zunächst der Kaiserin den Dank des Comité für die ihm allerhöchst gewährte Protection aus, indem er ausführte, wie Ihre Majestät inmitten der schwersten Sorgen dem Unterstützungswerke Ihre Hilfe gewidmet und die von der Ueberschwemmung heimgesuchten Orte besucht hat. Herr v. Zorchenbeck erstattete darauf einen General-Bericht über die Gesamthätigkeit des Comité und die bisher vertheilten Summen, worauf die einzelnen Referenten: Geh. Rath Herz, Rechtsanwalt Breslauer, Georg von Bunsen, Schrader und Kochmann, die Special-Berichte über die Unterstützung in den einzelnen Theilen des Ueberschwemmungsgebietes erstatteten. In Posen sind ca. 15 Proc. der Verluste durch die Beihilfen des Comité gedeckt. Schlesien und Westpreußen, für welches 709 800 Mk. bewilligt und noch 360 000 Mk. reservirt sind, wird noch lange Zeit der Unterstützung bedürfen. Herr v. Bunsen erstattete über die Erfolge der Feriencolonien Bericht und hob auch die ausgezeichneten Erfolge der Feriencolonien in Westpreußen, insbesondere der in Poppel hervor. Alsdann nahm Hr. Richter mit Erlaubniß S. Maj. das Wort zu einem Vortrage über Vorkahrungen gegen künftige Ueberschwemmungen. Es handelte sich hier nicht um die großartigen Maßregeln, welche Sache des Staats sein werden, sondern um Unterstützung von Institutionen, welche, auf freiwillige Thätigkeit gegründet, bei künftigen Ueberschwemmungen im Fall der Noth schnelle Hilfeleistung sichern, wie namentlich die Begründung von freiwilligen Wasserwehren. Inzwischen werden diese Absichten noch längerer Erwägungen bedürfen, und der Herr Referent, welcher in seinem ausführlichen Vortrage der Thätigkeit der Pioniere die höchste Anerkennung zollte, schloß mit dem Ersuchen, nachfolgende Resolution anzunehmen:

1) den geschäftsführenden Ausschuss zu beauftragen, dem königlichen Ministerium des Innern eine Denkschrift zu überreichen, in welcher die Resultate der Erhebungen bezüglich der Vorbeugungsmaßregeln (Vermehrung der Fahrzeuge, Verstärkung des Materials zu Schutzbauten, Bau von Baracken) dargelegt und zugleich das Ersuchen gestellt wird, von der königlichen Kriegsverwaltung die Gewährung erweiterter Vollmachten für die Commantende der zur Verwendung kommenden Pioniere zu erwirken und denselben die erforderliche Anzahl an leichteren, flachen Booten zur Verfügung zu stellen;

2) den geschäftsführenden Ausschuss zu ermächtigen, einen Betrag bis zur Höhe von 50 000 Mk. zur ersten Ausrichtung der sich bildenden freiwilligen Wasserwehren mit Fahrzeugen etc. zu verwenden.

Die Resolution wurde ohne Discussion und Widerspruch von der Versammlung angenommen. (Aus dem Vortrage erwähnen wir noch der Mittheilungen über die aus Elbing, Marienburg eingegangenen Gutachten, welche übereinstimmend einen Mangel an Rähnen etc. hervorheben. Bemerkenswerth ist auch die Darlegung des königl. Landraths Schmidt-Dirschau, welcher die Verwendung der Pioniere für die großen Landstriche für das zweckmäßigste und die Bildung von freiwilligen Wasserwehren auf dem Lande für unausführbar hält. Referent erwähnt noch, daß wahrscheinlich im nächsten Staatshaushaltsetat Forderungen für Anschaffung von Eisbrechern für die Elbe, für eine Organisation der Behörden, welche bei Ueberschwemmungen einzugreifen haben etc. enthalten sein werden.)

Die Sitzung des Comité wurde, nachdem der Herr Oberpräsident S. M. der Kaiserin nochmals den Dank der Versammlung für die bewiesene Theilnahme ausgesprochen, geschlossen. Dieselben Herren, welche die Kaiserin empfangen hatten, geleiteten Allerhöchstdieselbe wieder zu dem bereitstehenden Wagen. Vor dem Rathhause hatte sich eine größere Menschenmenge angeammelt, welche Ihre Maj. bei der Ankunft sowohl wie bei der Abfahrt mit lebhaften Hochrufen begrüßte.

* [Feuerversicherungs-Verband.] Der Vorstand vom Verein deutscher Eisen- und Stahl-Industriellen hatte in seiner letzten Sitzung auch über den Antrag des Gründungskomitees eines Feuerversicherungs-Verbandes deutscher Fabriken, ein Mitglied in dieses Comité zu delegiren, Beschluß zu fassen. Auf den von dem Geschäftsführer Herrn Dr. Rentsch erstatteten Bericht wurde von dem Vorstande beschloffen, daß ein Bedürfnis zur Gründung eines Feuerversicherungs-Verbandes für Fabriken nicht vorhanden sei und daß er demzufolge die Bestrebungen zur Begründung eines solchen Verbandes nicht zu unterstützen vermöge.

* In Spandau wurde am Sonntag in einer großen Versammlung Dr. Schneider aus Potsdam einstimmig als freiwiliger Candidat für Westhavelland aufgestellt.

Posen, 16. Oktober. Eine Sitzung der An siedelungs-Commission fand heute von 9 Uhr Vormittags ab unter Vorsitz des Herrn Oberpräsidenten Grafen Jeditz statt. An derselben nahmen unter anderen Theil der Oberpräsident v. Celpiger aus Danzig, General-Commissions-Präsident Beutner aus Bromberg, die Geheimen Regierungsräthe Dr. Kügler, Haase, v. Wilimowski, v. Tepper-Casch und Regierungsrath v. Rheinbaben aus Berlin. Wie die „P. Z.“ erfährt, werden morgen die Beratungen der Ansiedelungs-Commission fortgesetzt werden.

Neu-Strelitz, 16. Okt. Der beiden Großherzog-

thümern gemeinsame diesjährige Landtag wird am 21. November in Malchin eröffnet werden. Die Strelitz'schen Landtags-Propositionen sind 1) die ordinäre Landes-Contribution und der Landesbeitrag; 2) Bewilligung des Ebdies zur Deckung der Bedürfnisse der Central-Steuerkasse.

Rußland.

* [Export frischen Fleisches.] Die „Nowoje Wremja“ brachte unlängst die Nachricht, daß eine Gesellschaft mit einem Kapital von 700 000 Rbl. gegründet worden, um frisches Fleisch in's Ausland zu exportiren, Conserven herzustellen und in Rußland Vieh der besten Rassen einzuführen. Bei sachkundiger und gewissenhafter Leitung des Unternehmens kann die Gesellschaft bedeutende Erfolge erzielen. Von allen europäischen Staaten ist Rußland am reichsten an Vieh. England, Deutschland, Frankreich, Belgien und Oesterreich bedürfen beständig importirten Fleisches. Aus Obau, wo schon eine Schlächtere der Gesellschaft besteht, kann solches in fünf, höchstens sechs Tagen nach London geliefert werden, während aus Amerika, welches hauptsächlich die englischen Märkte mit frischem Fleisch versorgt, dasselbe nicht früher als in 9-10 Tagen, aus Australien aber sogar erst in 25 und mehr Tagen eintreffen kann, so daß es von dort aus nur in gefrorenem Zustande versandt wird, was die Güte des Fleisches vermindert und die Transportkosten erhöht.

Zwei Autographen Kaiser Friedrichs III.

*The same Howell
just tried before
Bergmann's doctor
m
That Howell and
me, so different in age,
but the same misfortune
in the same year*

Diese Autographen, eine Art von Seitenstück zu dem letzten Namenszuge Kaiser Wilhelms I., die einzigen, die aus Friedrichs letzten Lebenstagen bis hier an die Öffentlichkeit gelangt sind, werden, wie wir hoffen, gerade heute am Vorabend des dem Kaiser Friedrich geltenden Feiertages unseren Lesern willkommen und allen Deutschen eine theure Erinnerung an das Märtyrthum des edlen Todten sein.

Am 18. Oktbr.: Danzig, 17. Oktbr. M. A. 52, S. 6. 34. u. 455. M. u. 428.

Wetterausichten für Donnerstag, 18. Oktober, auf Grund der Berichte der deutschen Seewarte, und zwar für das nordöstliche Deutschland:

Stark wolbig, theilweise klar und sonnig, vielfach bedeckt und trübe mit Regen; böige, mäßige und frische bis starke und steife Winde (W. u. W. N. W. bis N. W.), Regenböen. Wärmelage wenig verändert. Nachts sehr kalt bei hellem Mondenlicht, nahe Vollmond; stichweise Reifbildung.

* [Loosungswang in Danzig.] Seeschiffer und Schiffsfahrts-Interessenten auf Rügen hatten im Frühjahr an den Herrn Regierungspräsidenten zu Danzig eine Vorstellung gerichtet, in welcher sie um Aufhebung des Loosungswanges bzw. der Loosungsbüße in den Hafengewässern und auf der Rüge von Danzig baten. Dieses Gesuch wurde, da es von Danzig aus bis dahin unbeantwortet geblieben war, unterm 2. Mai d. J. beim Minister für Handel und Gewerbe erneuert. Daraufhin ist nunmehr den Petenten seitens des Herrn Regierungspräsidenten zu Danzig die Erwiderung zugegangen, daß eine Aenderung bezüglich des Loosungswanges in den Hafengewässern Danzigs nicht erfolgen, bzw. dem Gesuche nicht stattgegeben werden könne. Die Antwort des Herrn Regierungspräsidenten enthält nach der „Offizeitung“ folgende Begründung:

Der Danziger Hafen untersteht sich von anderen Häfen insbesondere dadurch, daß die 20 Kilometer umfassende und verhältnismäßig schmale Wasserrinne der Weichsel und Motlau zugleich Wasserstraße und Hafen sei. Die Durchfahrt sei daher, zumal bei einigemmaßen lebhaftem Verkehr, mit nicht unerheblichen Schwierigkeiten verbunden, und könnten Havarien in der Fahrstraße den ganzen Schiffsverkehr unterbrechen. Es sei ferner zur Aufrechterhaltung der Ordnung dringend erforderlich, daß die Schiffe nur an geeigneten, ihnen angewiesenen und nicht bereits für andere Schiffe bestimmten Plätzen anlegen. Diese Gründe machen die Aufnahme eines Binnenloosens unumgänglich notwendig. Die Gebührensätze seien so bemessen, daß eine Herabsetzung derselben nicht thunlich erscheine.

[Von der Weichsel.] Plehnendorf, 17. Oktbr. Heutiger Wasserstand am Oberpegel 3,74, am Unterpegel 3,72 Meter.

* [Ausgleichsrechnung zwischen den Kreisen Danziger Niederung, Danziger Höhe und Dirschau.] Der ehemalige Landkreis Danzig wurde durch das Gesetz vom 6. Juli 1887 getheilt, und zwar wurde der südliche Theil mit 8043 Einwohnern dem neugebildeten Kreise Dirschau zugewiesen, während aus dem noch verbleibenden Rest die beiden Kreise Danziger Niederung mit 34 146 und Danziger Höhe mit 39 132 Einwohnern gebildet wurden. Die Vertheilung der dem ehemaligen Landkreise gehörigen Activa und Passiva mußte nach den Grundbüchern vorgenommen werden, welche ein Urtheil des Obergerichts vom 25. November 1880 für derartige Auseinandersetzungen festgestellt hat. In diesem wird ausgeführt, daß die vorhandenen Schulden eines Kreises nichts anderes bedeuteten, „als die über eine Reihe von Jahren erfolgte Vertheilung einer Last, welche die Kreisangehörigen mit einem Male abzutragen außer Stande waren“. Es mußten demnach Schulden und Vermögen bei einer Auseinandersetzung getheilt werden, und zwar „nach dem Verhältnisse des den drei letzten Jahren zu entnehmenden Durchschnitts der allgemeinen Kreis-Communalbeiträge“. Nach diesem Verhältnisse kommen auf den Kreis Danziger Niederung 48,28, Danziger Höhe 39,19 und Dirschau 12,53 Hunderttheile von den Schulden und dem Vermögen des ehemaligen Landkreises Danzig. Dieser Maßstab war auch einem von dem Kreis-ausschusse des Kreises Danziger Niederung gemachten Vorschlage zu Grunde gelegt, über welchen der Kreistag des Kreises Danziger Höhe am 13. d. zu berathen hatte. Hiernach betrug der Bestand der Kreis-Communalkasse des ehemaligen Landkreises Danzig am 1. April 1888 153 067 Mk., wovon die Niederung 73 900, die Höhe 59 887 und Dirschau 19 179 Mk. erhalten. Ferner waren Forderungen an verschiedene Fonds im Betrage von 123 055 Mk. vorhanden, von denen auf die

Niederung 59 411, die Höhe 48 225 und Dirschau 15 418 Mk. entfallen. Die Kreischauffeen, sowohl die fertigen, wie die noch in Bau begriffenen mit allen zum Bau oder zur Unterhaltung angehörenden Materialien gehen in das Eigenthum desjenigen Kreises über, in dessen Grenzen sie liegen. Der Kreis Niederung verpflichtet sich, verschiedene begonnene Chauffeen fertig zu stellen, während der Kreis Höhe alle diejenigen Verbindlichkeiten erfüllen soll, welche der ehemalige Danziger Landkreis aus Anlaß des Eisenbahnbaues Praust-Carthaus der Regierung gegenüber eingegangen ist. Hiergegen erklärte sich jedoch der Kreistag des Kreises Höhe und änderte den Paragraphen dahin ab, daß diese Verbindlichkeiten nur in der Höhe von 110 000 Mk. übernommen werden sollten. Würde es sich ergeben, daß diese Summe überschritten würde, so sollte der Mehrbetrag von den drei Kreisen nach dem allgemeinen Theilprocentfuß aufzubringen sein. Außerdem übernehmen die drei Kreise die Verpflichtung, die Grund- und Nutzungsentwässerungen für die in ihren Grenzen gelegenen Kreis-Chauffeen, soweit solche am 1. April 1888 noch nicht vergütet waren, zu bezahlen. Dafür erhalten die Kreise folgende Geldbeträge: Niederung 195 497 Mk., Höhe 110 927 Mk. und Dirschau 16 677 Mk. Von diesen Geldbeträgen hat die Niederung 155 993 Mark, die Höhe 126 623 Mk. und Dirschau 40 484 Mk. aufzubringen. Zu der Verzinsung und Tilgung der Schulden des ehemaligen Landkreises tragen die drei Kreise nach dem schon erwähnten Theilungs-Verhältnisse bei, und zwar werden die fälligen Beträge an den Kreis Niederung abgeführt, welcher die erforderlichen Zahlungen leistet. Als die Eisenbahn Praust-Carthaus gebaut wurde, hatte der Fiskus zum Besten derjenigen Kreisbewohner, die von der Bahn keinen unmittelbaren Nutzen haben, die Herstellung einer Dampfstraße bei Bohnsack übernommen, und der ehemalige Landkreis hierzu einen Zuschuß von 15 000 Mark bewilligt. Da diese Dampfstraße bis jetzt noch nicht eingerichtet ist, so beantragte der Kreis-ausschuss des Kreises Niederung, daß dieser Betrag, falls die Straße bis zum 1. April 1893 errichtet werde, von den drei Kreisen gemeinschaftlich entrichtet werden sollte. Hiergegen erhob der Kreistag des Kreises Höhe Widerspruch und lehnte es ab, den von ihm geforderten Antheil zu zahlen, da der Bau lediglich im Interesse des Kreises Niederung liege. Das Kreisgrundstück Sandgrube Nr. 24 geht mit seinem gesammten Inventar in das gemeinschaftliche Eigenthum der Kreise Niederung und Höhe über. Diese beiden Kreise zahlen von dem angenommenen Kaufpreise 18 920 Mark an den Kreis Dirschau heraus und verrechnen sich wegen dieser Zahlung dahin, daß zu derselben der Kreis Niederung 2597 und der Kreis Höhe 16 323 Mark beitragen.

* [Telephonleitung an der Nogat.] Seitens des Telegraphen der rechtsseitigen Nogat-Niederung wird gegenwärtig von Marienburg aus eine Telephonverbindung von Wachtbude zu Wachtbude hergestellt, um bei Eisgängen die Uebermittlung der Nachrichten über die Eis- und Wasserverhältnisse in dem oberen Stromgebiete der Nogat und Weichsel zu beschleunigen, sowie bei eintretender Gefahr die Eiswachtsmannschaften an Ort und Stelle berufen zu können.

* [Für die Heizung der Personenzüge] der Eisenbahnen gelten folgende Anordnungen: 1) In der Zeit vom 1. Oktober bis Ende April sollen die Personenzüge der Tages- und Nachtzüge geheizt werden, wenn die äußere Temperatur unter + 5 Grad R. sinkt. In der Zeit vom 1. Dezember bis Ende Februar sollen die Züge nur ausnahmsweise nicht geheizt werden. Ist mit dem Heizen einmal begonnen, so wird damit erst dann wieder aufgehört, wenn während dreier aufeinander folgenden Tage die Temperatur des Nachts nicht unter + 5 Grad R. gesunken ist. 2) Ob die Nothwendigkeit zum Heizen vorliegt, bestimmt die Zugabgangsstation. Sobald mit dem Heizen begonnen bzw. dasselbe wieder eingestellt worden ist, hat die Zugabgangsstation allen Stationen und der Endstation des Courtes, dem vorgeordneten Betriebsamte und dem betriebstechnischen Bureau der königlichen Eisenbahndirection telegraphisch Nachricht zu geben. Letzteres setzt die betriebstechnischen Bureau der betheiligten Ver-

waltungen sofort in Kenntniß. 3) In den Coupés ist als mittlere Temperatur eine Wärme von + 8 Grad R. anzustreben.

* [Deichschau.] Von dem Hrn. Deichhauptmann Bofche zu Freienhufen ist die diesjährige Herbst-Deichschau in dem Deichverbande der alten Binnennehrung auf Freitag, 2. November, Vormittags 11 Uhr, angeordnet worden und als Versammlungsort das Rahnsche Lokal in Schönbaum bestimmt. Ebendasselbst findet nach der Schau eine Deichamtsitzung statt.

* [Stadttheater.] Fräul. Zampa, 1. Goubrette und Conversationsliebhaber, welche durch Krankheit verhindert war, bei Beginn der Saison ihr hiesiges Engagement anzutreten, ist jetzt hier eingetroffen und wird am kommenden Dienstag zum ersten Male auftreten. Für dieses Debut ist die Titelrolle in Dumas' Schauspiel: „Francillon“ gewählt, welche Fräul. Barkham in voriger Saison hier spielte.

* [Danziger Turn- und Fecht-Verein.] In Nr. 17325 dieser Zeitung ist bereits mitgetheilt worden, daß der genannte Verein den Geburtstag des unvergesslichen Kaisers Friedrich durch Pflanzung einer jungen Eiche im Gutenberg-Gaine des Jäskenthales, welche den Namen „Kaiser Friedrichs-Eiche“ erhalten soll, feiern wird. Das Programm dieser morgen, den 18., stattfindenden Feier ist folgendes: Die Vereinsmitglieder finden sich so zeitig am Olivaer Thor ein, daß der Abmarsch von dort pünktlich um 8 Uhr Abends stattfinden kann. Angekommen auf der Jäskenthaler Wiese, formirt sich der Zug, um unter Fackelschein nach dem Gutenberg-Gaine sich zu begeben. Dort erfolgt zunächst die Abingung eines Liebes, von dem Ehrenvorsitzenden des Vereins geleitet, welcher auch die Festsprache halten wird. Daran schließt sich die Pflanzung der Eiche, der Weispruch von dem Vorsitzenden, Gesang und Rückmarsch zum Schröder'schen Stablfeldiment in Jäskenthale.

* [Bazar.] Für den zum Besten des Vereins für Armen- und Krankenpflege im Dezember beabsichtigten Bazar wird demnächst ein Comité zusammentreten, um die Betheiligung weiterer Kreise für den guten Zweck anzuregen.

[Polizeibericht vom 17. Oktober.] Verhaftet: 1 Arbeiter wegen Diebstahls, 5 Obdachlose. — Gefunden: 1 rolhe Korallenkette; auf der Olivaerstraße zu Neufahrwasser ein Handschuh; abgehoben von der Polizei-Direction.

== Schneck, 16. Oktober. Der heutige Viehmarkt war in Folge der in Neuteich und Oliva stattfindenden Märkte nur mit ca. 50 Pferden und 150 Stück Rindvieh besetzt. Leider fand kein bedeutendes Geschäft statt, da auswärtige Händler nur in geringer Zahl erschienen waren. — Die Commission für Abschätzung der Flurbesitzungen beim Wanderver hat vor einigen Tagen ihr Amt beendet. Der Kreis Berent erhielt ca. 18 000 Mk. Entschädigung.

== Berent, 16. Oktober. Unsere Stadt, welche in vier Wahlbezirke eingetheilt ist, hat zur bevorstehenden Landtagswahl 16 Wahlmänner zu wählen. — Unser Mitbürger, Herr Kaufmann A. Berent hat anlässlich seiner silbernen Hochzeit für die bedürftigsten Armen unserer Stadt 300 Mk. gespendet. — Der gestern Abend 8.31 fällige Zug traf erst nach 3 Uhr Morgens hier ein. Die Maschine, die übrigens von vornherein sich als zu schwach für den ziemlich langen Zug erwies, wurde bei Gladau defect und es war die Situation für die ziemlich zahlreichen Passagiere, wie nicht anders denkbar, eine sehr unangenehme. — Es hat sich in diesen Tagen ein Handwerkerverein gebildet, dem sich bis jetzt circa 30 Herren angeschlossen. Diese sind meistens Handwerker. Da der Verein es sich zum Ziele gemacht hat, den Handwerkerstand durch Forträge, belehrende und rathende Unterhaltung zu heben, so ist zu wünschen, daß zur Erreichung dieses guten Zweckes sich dem Verein auch Personen anderer Berufsstände wie Lehrer, Beamte etc. anschließen, um das Gedeihen des Vereins fördern zu helfen. — Das hiesige Progymnasium hat bei Beginn des Winterhalbjahres wieder einen kleinen Zuwachs an Schülern erhalten. — ein Beweis, daß die früher erhoffte Restauration der Anstalt zum Frühjahr bereits jetzt wohlthätig auf die Frequenz derselben einwirkt.

== Neuteich, 16. Oktober. Trotz der gleichzeitigen Märkte in Jastrow (den 15.) und Oliva (den 16.) waren zum heutigen Vieh- und Pferdemarkt Händler in großer Anzahl erschienen, namentlich aus Pommern und Posen. Das angebotene Pferdmaterial, etwa 400 Stück, war fast durchgehends unter Mittel. Bezahl wurden für schlechtere Waare bis 100 Mk., Mittelwaare 100-500 Mk.; einzelne Luxusperde brachten bis 700 Mk. An Rindvieh waren etwa 100 Stück angetrieben; Ferkel wurden mit 22-23 Mk. per Centner lebend Gewicht bezahlt. Die schwache Beschickung des Marktes hat darin seinen Grund, daß die Ackerzeit noch nicht beendet ist und die Besitzer auch mit der Rübenenernte stark beschäftigt sind. Die Rüben bringen gegen 200 Centner pro cultm. Morgen; der Zuckergehalt hat sich in Folge der trockenen Witterung im September etwas beßert.

* Neuteich, 16. Oktober. Am nächsten Sonntag, Nachmittags 4 Uhr, findet hier eine liberale Wähler-versammlung statt, in welcher sich die für das Abgeordnetenhaus aufgestellten Candidaten, die Herren Heinrich Stobbe und Landgerichtsrath Bischoff, den Wählern vorstellen werden.

r. Marienburg, 16. Okt. Zur Veranstaltung der vom Vorstande des freiwiligen Wählervereins angeregten Gedächtnisfeier für Kaiser Friedrich hat sich nunmehr ein Comité von 10 den verschiedenen Parteien angehörenden Herren gebildet. Die Grundzüge für die Feier sind dieselben geblieben, nur wird statt des Hrn. Landgerichtsrath Bischoff-Elbing Herr Oberlieutenant v. Sczepanski von hier die Gedächtnisrede halten. — Herr Bischoff-Elbing wird an einem Tage der anderen Woche hier seine Candidatenrede halten.

Elbing, 16. Oktober. Das Comité für Eröffnung einer Secundärbahn über die Haffhöfen von Elbing nach Frauenburg hat sich gestern hier definitiv constituirt. Dasselbe erwähnte zu seinem Vorsitzenden den Bürgermeister Elbitt, zum zweiten Vorsitzenden den Vorsteher der Elbinger Kaufmannschaft, Commerzienrath Peters. Als Vorort für die Thätigkeit des Comité wurde Elbing gewählt.

a. Hammerstein, 16. Oktober. In einigen Kreisen hört man von dem Project, von Flatow nach Hammerstein über Landeck eine Eisenbahn zu bauen; auf diese Weise brachten die Militärsüge nach dem Schießplatze, von Berlin kommend, nicht erst den Umweg über Könitz zu machen. Auch sonst würde die Bahn vielen willkommen sein, besonders den Gutsbesitzern und Inhabern von Fabriken, wie Spinnereien, Goldschneidemühlen und anderen industriellen Etablissements, deren Besitzer es mit ihren Erzeugnissen sehr weit bis zur nächsten Bahnstation haben. — Das diesjährige Frühjahrswasser hat auch unserm Stadtfischel erhebliches Geld gekostet; so mußte unter anderem eine von den Fluten zerstörte Brücke über den Stadtgraben neu gebaut und eine zweite, sehr schadhafte gewordene, ausgetauscht werden.

K. Rosenburg, 15. Oktober. Zu gestern Abend war seitens der hiesigen Liberalen eine Wählerversammlung einberufen, um den Candidaten der Partei, Herrn Schnackenburg-Wühle Schwegel, den Wählern vorzustellen. Der große Saal des Schützenhauses war recht gefüllt, da Herren aus allen Ständen und Parteien, auch von auswärtig, erschienen waren. Hr. Schnackenburg wies in seinem Vortrage darauf hin, daß die bevorstehenden Wahlen zum ersten Male unter einem neuen Kaiser stattfinden, und zwar unter veränderten Umständen, welche durch die Carstellparteien herbeigeführt seien, nämlich für eine fünfjährige Legislaturperiode, welche weber von der Regierung verlangt, noch in dem Willen der Wähler gelegen habe. Die Wähler würden es sich daher sehr überlegen müssen, wenn sie ihre Stimme geben wollten, um sich keine Rechte schmälern zu lassen. Der Kaiser habe es ausgesprochen, daß er den festen Willen hat, seinem Volke gerecht zu werden; die Wähler hätten daher dafür zu sorgen, daß dem Kaiser die Wünsche des Volkes auch vorgebracht würden. Herr v. Rauchhaupt habe durch die Anknüpfung seines

„blauen Steuer-Wunders“ im Falle einer conservativen Majorität, welche verhindert werden müßte bereits die Parole ausgegeben. Redner erwähnt dann das Abkommen der Deutschfreisinnigen mit den Nationalliberalen im Wahlkreise Rosenberg-Grauden und daß der Name des nationalliberalen Candidaten demnächst bekannt gegeben werden solle. Ueber die Reform der directen Steuern habe sich die Regierung ausgesprochen und deshalb müsse sich der Landtag erst Klarheit darüber verschaffen. Die Reichsmittel seien vermehrt, daß für Preußen allein 70 Mill. Ueberschuß vorhanden wären. Es komme auf eine Ausrottung der Steuern an und dürfe nicht mehr bewilligt werden als nothwendig sei; daher sei das Geld am besten bis zum Bedarf in der Tasche der Steuerzahler aufgehoben. Auch die Liberalen wollten eine Reform der directen Steuern, welche nicht richtig vertheilt seien. Redner verbreitete sich ferner über die Nothwendigkeit einer Landgemeindeordnung, damit leistungsfähige Verbände geschaffen werden könnten, und zeigte an Beispielen bezüglich der Schulunterhaltung, des Wegebauwes und der Armenpflege eine ungleichmäßige Lastenvertheilung, namentlich bezüglich der Armenpflege. Es sei Aufgabe des Landtages, die Vorlage sachlich zu prüfen, um Uebereilungen bei den Beschläüssen zu vermeiden, und nur solche Gesetze zu schaffen, welche auch die Wohlfahrt des Landes förderten. Nachdem Redner die Angriffe gegen die Deutschfreisinnigen beleuchtet und sich über die letzten Reichstagswahlen verbreitet hatte, schloß derselbe unter lebhaftem Beifall: Wir wollen den Staat und die Krone in allen Rechten stärken, aber wir fordern auch Aufrechterhaltung der Rechte des Volkes, wir fordern gleiches Recht für alle. Wir werden unsere Ueberszeugung stets zum Wohle des Vaterlandes einsehen. — Herr v. Reibnitz-Heinrichau gab dann in längerer Rede Erläuterungen über das Septennat, die Friedenspräsenzliste, sowie über die beabsichtigte gewesene Kapitalrentensteuer, welche nach den Absichten der Liberalen vornehmlich die Reichen treffen sollte, während diese eine Vermehrung der Offiziersstellen zu erzielen suchten, welche ihren Söhnen eine gute Versorgung bieten. Von den 80 Gesetzen der letzten Legislaturperiode hätten die Deutschfreisinnigen für circa 60 Gesetze gestimmt; die Partei verhalte sich also nicht „negativ“, wie ihr vorgeworfen würde. Der Kaiser habe sich als den ersten Beamten des Staats bezeichnet, diesem schönen Beispiel sollten überall die Beamten nachstreben und einklenken bleiben, daß auch sie nur zum Wohle des Landes und des gesamten Volkes angestellt seien. Die letzte Landtagswahl im Elbing-Marienburg erörternd, kommt Redner auf die seitens der Conservativen aufgestellten Candidaten Herren v. Röbber und v. Pulkamer zu sprechen und betont, daß dieselben unannehmbar seien, weil sie für die fünfjährige Legislaturperiode gestimmt hätten. Redner bedauert ferner, daß Hr. v. Rahlser seine Unterschrift zu dem conservativen Wahlaufsatze gegeben; hätte er dies früher ahnen können, so würde er Hrn. A. Niemals seine Stimme als Wahlmann gegeben haben. Auf die Frage des Vorsitzenden, ob jemand etwas gegen die Candidatur des Herrn Schnackenburg einzuwenden habe, erhob sich kein Widerspruch. Es folgte nun noch eine kurze Discussion über die gegenwärtige politische Situation, an welcher sich die Herren Schnackenburg und v. Reibnitz wiederholt beteiligten.

